

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

301 (27.12.1932)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
anzeigen 20 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zahl, bei der nächsten Nummer
Satzpreis 100, bei geschäftlicher Beziehung und bei anderen außer Kraft tritt. Geschäfts-
er und Geschäftsstellen in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigenannahme 4 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk!
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einmalige
Anzeigenpreise 11 Pfennig. Postfachnummer 2850 Karlsruhe. Geschäftsstelle
Verwaltung: Karlsruhe L. D. Waldstraße 28. Telefon 1020/1021. o. Volkstreuhand-Gesellschaft
Druck: G. B. B. - Baden, Teichbühlstr. 12. Telefon 1020/1021. o. Volkstreuhand-Gesellschaft

Nummer 301 Karlsruhe, Dienstag, den 27. Dezember 1932 52. Jahrgang

Katastrophen und Ueberfälle

Springfield (Illinois), 26. Dez. Wie erst jetzt gemeldet wird, hat sich in einer Reihe des kleinen Bergwerkes südlich von Springfield am Heiligen Abend ein schweres Grubenunglück ereignet. Die Anzahl der Opfer steht noch nicht fest. Durch eine Explosion wurden in einem 200 Meter unter Tage liegenden Stollen 54 Bergleute verhaftet.

Springfield (Illinois), 26. Dez. Von den bei der Bergwerkskatastrophe in Moweaqua eingeschlossenen 54 Bergleuten sind bisher 39 als Leichen geborgen worden.

Neuenburg (Schweiz), 26. Dez. Die hierige Erdbebenwarte verzeichnete um 3.15 Uhr nachts ein heftiges Beben, dessen Epizentrum 6700 Kilometer entfernt in südwestlicher Richtung liegt. Die Erschütterungen dauerten über 2 Stunden.

Sumatras (Japan), 26. Dez. Der Vulkan Aso ist wieder in Tätigkeit getreten. Die Ausbrüche sind sehr heftig.

Chemnitz, 26. Dez. Auf der Straße zwischen Hauptbahnhof und Bahnbetriebsgebäude rannten zwei leer fahrende Lokomotiven aufeinander. Der Fahrer und der Lokomotivführer der einen Maschine wurden schwer verletzt, während der Fahrer der zweiten Maschine nur leichte Verletzungen davontrug.

Chemnitz, 26. Dez. In der Chemnitzer Straße im nahen Einbach fuhr ein Auto infolge zu hoher Geschwindigkeit auf den Bürgersteig. Dabei wurden ein Mann, eine Frau und zwei Kinder getötet.

Barcelona, 26. Dez. Ein gewaltiger Warenhausbau in der Rambalstraße ist am Heiligen Abend durch ein Groß-

feuer vernichtet worden. Als Ursache wird angenommen, daß ein elektrischer Funke das Gebäude in Brand gesetzt hat. 6 Personen wurden beim Wägen verletzt.

Saalfeld, 26. Dez. Von unbekanntem Feiern wurden am Heiligen Abend in die Wohnungen eines Pfarres und eines Polizeioberinspektors 12 Bomben geworfen, die erheblichen Schaden anrichteten. Personen wurden nicht verletzt.

Stettin, 26. Dez. In dem etwa 3-4 Kilometer von Rajewall entfernt liegenden Dorf Papendorf wurden am Heiligen Abend zwei Eindreher im Hause des Milchbesizers Schoeping überfallen und mußten flüchten. Zwischen den Verfolgten und den Eindrehern kam es zu einem Handgemenge. Ein Eindreher schoß auf den Wägereibesitzer Göt, der von drei Schüssen getroffen auf der Gasse tot zusammenbrach. Die Täter entkamen mit ihren Fahrrädern und 70 RM. barem Gelde und einer Kette.

W.D. Votrop, 26. Dez. In der Nacht zum 1. Weihnachtstag, gegen 0.30 Uhr, kam es in Votrop in einem Hause der Fiegestraße zu einer schweren Bluttat. Der Bergmann Hermann Kotula weckte bei seinem Schläger Szegotak zur Weihnachtsfeier. Möglicherweise an das Fenster des Wohnzimmers geklopft, woraufhin Szegotak sich hinausbegab. Als er die Haustür öffnete, wurde er mit sieben bis acht Schüssen empfangen. Durch drei Schüsse getroffen brach er zusammen. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort aufgenommen; bis jetzt wurden zwei Personen aus Votrop, die der RPD angehören, und im Verdacht stehen, an dem Ueberfall beteiligt gewesen zu sein, festgenommen. S. ist am ersten Feiertag im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Mord unter SA. - „Kameraden“

Heinrichs Leiche gefunden

W.D. Dresden, 26. Dez. In der Tollpeter Mauer ist heute die Leiche des seit dem 4. November vermissten Dresdener SA-Mannes Heinrichs gefunden worden. Sie war bisher vom Kaiser bedeckt. Das Sinken des Wasserstandes infolge Eisbildung hatte sie jetzt freigelegt. Der Tote war in Säcke gehüllt und diese wiederum waren mit schweren Steinen belastet. Die erste Untersuchung hat bereits ergeben, daß Heinrich durch einen Schuß in den Brust getötet wurde. Zweifelloser liegt Nord vor. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben bereits wichtiges Material ergeben; im Interesse der Untersuchung kann jedoch zur Zeit weiteres noch nicht gesagt werden.

Hierzu wird weiter gemeldet: Nachdem die Kriminalpolizei ihre Ermittlungen aufgenommen hatte, vernahm sie zunächst die drei SA-Leute, die in dem anfanglich behaupteten, von nichts zu wissen. Seit Mitte November sind die drei SA-Leute spurlos verschwunden gewesen, wie Heinrich selbst. Überall in politischen Kreisen glaubte man von vornherein, daß hier eine Feineta vorlag. Die drei kurz nach der Mordtat verschwundenen SA-Leute sind der 27-jährige Junger Rudolf Schenk, der 22-jährige Telegraphenarbeiter Friedrich Fankel und der 20-jährige Reichs-Kämpfer aus Dresden bzw. der Nachbargemeinde Mühlhagen bei Dresden stammen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese drei SA-Leute den Mord an ihrem Kameraden begangen haben.

SA als falschmünzer verhaftet

Kassel, 26. Dez. Am Heiligen Abend gelang es der Kasserer Kriminalpolizei, zwei aktive Nationalsozialisten, die SA-Leute Joachim Böcker und Paul Hoyer aus Kassel, der falschmünzerei zu überführen und festzunehmen. Der 19-jährige Böcker, der Sohn eines bekannten Schauspielers am Kasserer Staatstheater, der vor kurzem pensioniert worden ist, besaß in einem Lebensmittellager des Kasserer Nordens mit falschen 50-Pfennigstücken. Der Inhaber hielt ihn fest und alarmierte die Schutzpolizei, die in den Taschen seiner SA-Uniform weitere falsche Stücke fand. Er wurde in das Polizeipräsidium verbracht, wo er nach langem Verhör zugab, mit seinem Freunde Paul Hoyer in ganz großem Stil die Fabrikation von 50-Pfennigstücken zu betreiben.

Ablage an Hitler aus Oesterreich

Wien, 24. Dez. Die von den ehemaligen Putschführern Dr. Pfeimer und Karl Ottomar geleiteten steiermärkischen Heimatschutzformationen haben Hitler einen Scheidebrief geschrieben und den Beitritt zur NSDAP abgelehnt. Sie begründen diesen aufsehenerregenden Schritt mit der Loyalität Hitlers und seiner österreichischen Unterführer. Deren Politik und Taten sei mit den österreichischen Verhältnissen so unvereinbar, daß sich die Steiermärker nicht mehr an die mit Hitler getroffenen Abmachungen verpflichten können. Mit anderen Worten: es sind wieder einmal auf beiden Seiten alle Eide und Schwüre gebrochen worden und Hitlers Stern ist auch in Oesterreich im Sinken, noch ehe er richtig aufgegangen war. Zweifellos hat bei der Ablage der Steiermärker dererrat der NSDAP eine wichtige Rolle gespielt. Die Oesterreicher haben ihren

„verlorenen Habsburger“ Hitler schneller durchschaut als der deutsche Michel.

Weihnachten im Hakenkreuzlokal

Berlin, 25. Dez. In einem Verstecklokal der Nazis in der Anhaltstraße 4 kam es zu einer blutigen Schlägerei zwischen SA- und SS-Leuten, wobei zwei SA-Leute Kopfverletzungen erlitten.

Einer der Verletzten stürzte mit mehreren uniformierten NSDAP-Angehörigen auf die Straße. Dort begegneten sie dem von der Nachtkontrolle in seine Wohnung zurückgeführten Polizeioffizier

des Nachbarradviets und gaben ihm von dem Vorfall Kenntnis mit der Bitte, in dem Lokal die Ruhe wieder herzustellen und den Verbrechen der Verletzungen bzw. die noch im Lokal befindlichen Personen festzusetzen. Als der Polizeioffizier die Gasse betrat, befanden sich außer dem Wirt und dem Keller noch acht Personen in dem Lokal in lebhaften Auseinandersetzungen, die auch durch das Deswegenretreten des Polizeioffiziers nicht gestoppt werden konnten. Bei der Personensammlung stieß der Offizier auf Widerstand, so daß er zuletzt mit Zwangsmitteln drohen mußte. Der 33-jährige Gruppenrat Dr. Fritz Doepner, der auf Erfragen des einen Verletzten festgestellt werden sollte, widersetzte sich besonders lebhaft. Da er sich nicht ausweisen konnte, ergriff die Auforderung an ihn, auf die Polizeiwache zu folgen.

Jetzt zog Doepner plötzlich eine Pistole und richtete sie auf den Offizier. Der gab darauf aus seiner Dienstwaffe zwei Schüsse über Doepners Kopf ab. Doepner schoß mehrmals nach dem Polizeioffizier, ohne zu treffen, worauf

der Beamte in der Notwehr zwei Schüsse auf Doepner abgab, die ihn lammschlagend machten. Doepner wurde sofort ins Urban-Frankenhaus gebracht, wo man zwei schwere Schussverletzungen des Brustkorbes und des Oberhinterkopfs feststellte. Von inszwischen eingetroffenen polizeilichen Verstärkungen wurden in dem Lokal sechs NSDAP-Leute festgenommen und zur Einlieferung gebracht. In dem Lokal sind weiter zwei Mehrladepistolen vorgefunden und beschlagnahmt worden.

Seinen Verletzungen erlegen

Ein Opfer des SA-Terrors
SPD, Frankfurt a. M., 25. Dez. Der Führer der Eisernen Front in Frankfurt-Rodenheim, Franz Braun, ist jetzt seinen schweren Verletzungen erlegen, die ihm im Mai durch Nazis zugefügt wurden.

Der 47-jährige Schlosser Braun wurde damals von fünf Nazis von seinem Fahrrad heruntergeschlagen und durch den 21-jährigen SA-Mann Richter mit einer Faustkante am Kopf schwer verletzt. Ein Schädelknochen wurde zertrümmert, Knochenplitter mußten aus dem Gehirn entfernt werden. Er war vollkommen erwerbsunfähig. Brauns Tod trat nach einer Operation ein, die durch seine schweren Verletzungen notwendig geworden war. Im Verlauf der Verhandlung gegen die Naziführer im November machte der Hauptangeklagte Richter den Einbruch heiliger Gleichgültigkeit, obwohl ihm sein Opfer als bemitleidenswerter Name gegenüber sah. Väterlich verließ der SA-Mann, von seinen Freunden beglückwünscht, den Gerichtssaal, als er lediglich wegen Raufhandels zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Zeit fällt auch diese Strafe unter die Amnestie.

Zerhaut den Knoten!

Zum Kampf um die Arbeitszeitverkürzung

Im Reichsarbeitsministerium schweben, wie wir hören, zur Zeit Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Richtung der 40-Stunden-Woche. Bei den Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms und in den Staatsbetrieben soll ein Anfang zur Arbeitszeitverkürzung gemacht werden. Auf wird der Gedanke der Vierstichtarbeitszeit in kontinuierlichen Betrieben erörtert.

Geduld ist eine schöne Tugend, aber man kann mit ihr nicht alles schaffen. Vor allem kann man mit ihr nicht den gordischen Knoten des Arbeitslosenproblems lösen. Wenn die Menschheit diesen Knoten langsam entwirren wollte, dann könnte sie in der Zwischenzeit zehnmal zugrunde gehen. Ohne Hilfe von außen, ohne planmäßigen Einriff, kommt die Wirtschaft nicht wieder hoch, und zu dieser Hilfe von außen gehören vor allem zwei Dinge: Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung.

In der Arbeitsbeschaffungsfrage haben manche Leute, die es jahrelang besser wußten als die Wirtschaftsklassen, nun doch — vor allem nach den verunglückten Papenexperimenten — etwas hinzugeleert. In der Arbeitszeitverkürzungsfrage ist das Hinulernen zurückgeblieben. Aber auch hier bricht sich die Erkenntnis langsam Bahn, daß eine Anpassung an die durch die Krise geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen muß. Die Arbeitszeitverhältnisse, wie wir sie heute haben, sind durch die Entwicklung überholt. Ohne eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung wären Millionen von Menschen für ihr ganzes Leben zum Feiern und Singern gezwungen. Soeben hat das Internationale Arbeitsamt in seinem Vorbericht zu der außerordentlichen Konferenz, die im Januar in Genf zur Arbeitszeitverkürzung Stellung nehmen soll, daß die Zahl der Arbeitslosen mindestens 30 Millionen beträgt. 30 Millionen Menschen werden nur mäßig unterhalten; sie kosten den Staaten ungeheure Summen, während auf der anderen Seite die als Kaufkraft verloren gehende Gesamtsumme an Gehalts- und Lohnsumme mit weit über 100 Milliarden Goldfranken beziffert wird. Wer will noch daran zweifeln, daß diese Millionen auf die Dauer im Kampf gegen die Krise auch die Arbeitszeitverkürzung erzwingen werden? Weder die neu heranwachsende Arbeitergeneration noch die Generation, die den Krieg geführt hat, und die sich noch nicht zum alten Eisen werfen lassen will, hat Lust, noch 10 oder 20 Jahre wie ein Hund zu leben nur deshalb, weil die Herren Wirtschaftsführer noch immer an die Selbstheilung des Kapitalismus glauben.

Die Zeit ist reif für die 40-Stunden-Woche, ganz allgemein. Soll etwas erreicht werden, dann kann nicht lediglich an dem einen oder anderen Punkt in den Privat-, Staats- und Gemeindebetrieben und -verwaltungen eine Arbeitszeitverkürzung erfolgen. Der Kampf um die 40-Stunden-Woche muß auf der ganzen Linie entzündet, und in einheitlicher Marschroute geführt werden. Die 40-Stunden-Woche darf nicht daran scheitern, daß an manchen Stellen die Dinge etwas kompliziert liegen. Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Auch die Beamenschaft muß in die Arbeitszeitverkürzung einbezogen werden. Selbstverständlich und mit Recht betonen z. B. die Angestellten der Behörden, daß ihre Arbeitszeit nur zusammen mit der der Beamten verkürzt werden kann und muß. Eine Verkürzung der Arbeitszeit in der öffentlichen Verwaltung kann nur zu gleicher Zeit und im gleichen Ausmaß mit der Privatwirtschaft erfolgen. Auch versteht es sich von selbst, daß genau so wenig wie bei den Arbeitern bei den Angestellten und Beamten mit der Arbeitszeitverkürzung eine neue Schwächung der Kaufkraft verbunden sein darf.

Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung muß kommen, und der erste Schritt dazu soll die Einführung der 40-Stunden-Woche bei allen Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms sein. Erst durch die 40-Stunden-Woche kann dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ein wirklicher Erfolg ermöglicht werden. Natürlich nur durch eine 40-Stunden-Woche mit Tariflohn und nicht etwa mit einem Notstandsarbeiterlohn. Arbeit und Arbeitszeitverkürzung und keine neue Schwächung der Kaufkraft — das ist die Aufgabe der Stunde. Auch der Arbeitsbeschaffungsminister Dr. Gereke ist, soweit wir unterrichtet sind, dieser Auffassung.

Die Arbeitszeitfrage ist vielleicht noch mehr wie die Arbeitsbeschaffung eine Weltangelegenheit. Wenn sie das ist, dann gibt das aber der deutschen Regierung noch kein Recht, nun etwa die Hände in den Schoß zu legen und zu warten, was im Laufe des nächsten Jahres in den Genfer Beratungen über die Arbeitszeit herauskommt. Wohlun beginnt zu Hause, sagen die Engländer. Der Kampf gegen die Krise muß auf dem Gebiet der Arbeitszeit ohne Zögern schon zu Hause aufgenommen werden, und je kräftiger das geschieht, desto mehr Aussicht besteht, daß dann auch in Genf ein Fortschritt erzielt wird.

Paris, 25. Dez. Unter dem Ruf „Wort oder Arbeit“ versuchte eine größere Anzahl von Arbeitslosen gestern abend in verschiedene Nachtlokale in Montmartre einzudringen. Die Polizei zerstreute die Demonstranten und verhaftete 200 Personen.

Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen an Steuern für den Monat November mit 504,4 Millionen Mark an. Die Einnahmen bleiben mit fast 65 Millionen Mark hinter dem November des Vorjahres zurück. In den ersten acht Monaten des laufenden Steuerjahres, von April bis Ende November, sind insgesamt 4456 Millionen Mark eingegangen. Damit ist das Aufkommen um 556 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

„Einheit über alles“

In der neuen Ausgabe des „Reichsdauener“ ist an leitender Stelle ein Artikel des Bundesvorsitzenden Genossen Göttermann enthalten, der in unseren Genossentreffen lebhaftes Interesse beanspruchte. Wir bringen den Artikel deshalb um Abdruck. Die Redaktion.

Das unbedrohende Jahr 1932 neigt zu Ende; Hitler ist nicht zur Macht gekommen; die braune Flut schäumt zurück; Papen ist geflüht — die schlimmsten Gefahren sind für die nächsten Wochen und Monate wieder einmal überstanden. Und dies ist das sicherste Zeichen dafür, daß wieder einmal Republik und Demokratie „gefesat“ haben: die „guten Freunde“ des Reichsbanners rühren und regen sich, sie streichen die Härte und nuscheln und tuscheln, es sei höchste Zeit, uns den „militaristischen Geist“ auszutreiben. Wir kennen das Lied, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser. Es gab Tage und Wochen in diesem Jahre, da waren wir, das Reichsbanner, nicht militärisch genug; da traten die Reichsbannerkameraden nicht stramm genug auf; da ließen wir uns nicht oft genug in Uniform auf der Straße sehen; da erließen es höchst bedenklich, daß in dieser Stadt und in jener Gegend die Schutts nicht zahlreich erschienen; da waren diese und jene ganz einer Meinung: bessere technische, d. h. militärische Erziehung sei im Reichsbanner sehr notwendig. Die Schaffung in den Formationen sei doch sehr im Rückstand; da fruga man sehr besorgt bei uns an, ob wir über die genügende Zahl geschulter Führer verfügen und über genügende Ausrüstung unserer Formationen dazu.

Es ist die alte Geschichte! Nach 1926 hieß es: nun hört bloß mit der „Soldatenpolitik“ auf! Die Republik und die Demokratie sind gesichert und jetzt kommt es darauf an, den völlig verdorbenen Reichsbannerleuten die „richtige Gesinnung“ einzuflößen. Damals wurde die Entdeckung gemacht, daß dem Reichsbanner überhaupt eine brauchbare Weltanschauung fehle und deshalb die Aufstellung von Jungbannern ein todeswürdiges Verbrechen sei.

Nach dem 14. September 1930 und nach der Aufstellung der Schutts wurde mißbilligend festgestellt, daß das Reichsbanner doch wenig Anziehungskraft auf die Jugend ausübe. Dafür sind uns in den letzten Wochen Kriegserklärungen auf Kriegserklärungen auf den Tisch geloggen — weil das Reichsbanner zuviel Jugend an sich siebe und weil wir doch die Jugend nur bis in Grund und Boden „militaristisch“ verfeuchten und überhaupt „keine Weltanschauung“ besitzen usw. usw.

Wir nehmen aus der republikanischen Front keine Kriegserklärungen an! Nicht einmal von unsern „besten Freunden“. Hier sind wir unerschütterliche Passivisten und Kriegsdienstverweigerer. Wir halten uns an die selbstgegebenen Geheiß: Nichts zu tun und alles zu unterlassen, was uns als Reichsbanner in Gegensatz zu den republikanischen Parteien bringen könnte. So haben wir es gehalten seit der Gründung unseres Bundes und so werden wir es weiter halten. So halten wir es in der Frage des Forttupps und so in der Frage einer Beteiligung am Reichskuratorium des Generals v. Stülppnagel. Wegen dieser Fragen soll es wahrhaftig nicht zu einer Spaltung in der Front der deutschen Republikaner kommen.

Wir geben unsern Weg weiter, den die Bremer Konferenz vorgeschrieben hat: Wehrsport unter Ausnutzung aller sich bietenden Gelegenheiten. Wenn uns eine Partei sagt, daß die Benutzung der Einrichtungen des Kuratoriums ihr politischen Schaden verurteile — gut, dann machen wir Wehrsport ohne Kuratorium.

Schneller als wir zu ahnen vermögen, kommt vielleicht die Stunde, da unser „Sport“ sich nicht als Spiel und Zeitvertreib, sondern als richtiges politisches Handeln erweist und bewährt. Verbündet mit dem Glauben, daß der Faschismus in Deutschland mit Hitler siehe und falle und man nur warten brauche, bis Strasser das Werk der Rettung vollbracht habe. Der Faschismus stirbt nur, wenn sich ihm, wie in diesem Jahr, eine überlegene Front entgegenstellt. In dieser Front ist unser Platz.

Berlin, 25. Dez. Auf Grund der Amnestie sind in Preußen bis Samstag vormittag 4800 Gefangene aus der Haft entlassen worden.

Denk daran!

461 Mitglieder der Eisernen Front sitzen zur Zeit in Zuchthäusern und Gefängnissen!

Mehr als 30 Jahre Zuchthaus und weit über 200 Jahre Gefängnis sind gegen sie verhängt!

486 Angehörige der Eisernen Front wurden zu Geldstrafen in einer Gesamthöhe von mehr als 160 000 Mark verurteilt!

798 Prozesse, die schon jetzt über eine Million Mark Gerichtskosten verursachen, sind in 11 Monaten gegen die Eisernen Front geführt! Rund 1000 Prozesse mit mehr als 2500 republikanischen Angeklagten schweben noch!

Durch den sozialdemokratischen Erfolg bei den Amnestieverhandlungen wird der größte Teil dieses Unrechts wieder repariert.

Mancher Schaden, manche Wunden aber sind nicht mehr ungeschehen zu machen!

Denk daran

und gib der Gefangenen- und Verwundetenhilfe. Gib Geld, gib Lebensmittel oder Kleider für unsere Gefangenen und verwundeten Kämpfer und ihre notleidenden Angehörigen. Die Arbeiterwohlfahrt leitet deine Spende in die richtigen Hände!

Gib!

1933 — ein „heiliges Jahr“

Weihnachtsbotschaft des Papstes.

W.F. Rom, 26. Dez. Papst Pius XI. übermittelte am Samstag mittag von seinem Arbeitszimmer im Vatikan aus eine Weihnachtsbotschaft an die Christenheit, die von fast allen Sendern übernommen und verbreitet wurde. Nach einleitenden Dankesworten für die ihm übermittelten Wünsche des Kardinalkollegiums gab der Papst weiter seinem Schmerz und seinem Kummer für die Verfolgungen Ausdruck, denen die katholische Kirche in Spanien, Mexiko und Rußland ausgesetzt ist. Weiter kam er auf die großen Konflikte zu sprechen, die die Welt zerfleischen und berührte dabei auch die verschiedenen Krisenercheinungen der Gegenwart. Er sagte hierzu: Nicht weniger schmerzhaft als die Lage der Kirche in Spanien, Mexiko und Rußland sei ihm das Fortdauern von so viel Schwierigkeiten und Mißtrauen, von so viel trennenden Gegensätzen zwischen Völkern und Staaten, von den Schrecken des Krieges und Bürgerkrieges, wie auch die Fortdauer wenn nicht Verschärfung einer allgemeinen finanziellen Krise, die ohnegleichen in der Geschichte dasteht. Das Mißverhältnis der sozialen Gerechtigkeit und der christlichen Nächstenliebe müsse man diesen Bedrohungen mehr denn je angeheißeln lassen.

Für das Jahr 1933, das Jahr, mit dem seit dem Tode Christi 19 Jahrhunderte verfloßen sind, habe der Papst ein heiliges Jahr angeordnet, das mit dem 2. April 1933 beginnt und bis zum 2. April 1934 dauere, also von Palmsonntag des Jahres 1933 bis zum zweiten Ostersfesttag des Jahres 1934.

Hitlers Weihnachtsbaum



„Schöne Befahrung!“

Herriot gegen Zahlungsverweigerung

Paris, 25. Dez. In einer Versammlung in Lyon sprach Herriot vor seinen Wählern seinen Stolz darüber aus, im Kampf um die Einhaltung der Verpflichtungen Frankreichs gefaßt zu sein. Er erklärte, es sei unmöglich, die guten Beziehungen zu Amerika, das 75 000 seiner Bürger auf französischen Schlachtfeldern verloren habe, wegen 480 Millionen zu gefährden, wenn diejenigen, die gegen die Zahlung stimmten, 300 Millionen für Ungarn und zwei Milliarden für die Bankentstufung bewilligten. Herriot setzt sich gegen die Folgen eines Bruches und einer einbüßlichen Zahlungsverweigerung besorgt und betonte, daß er den Kampf unermüdet fortsetzen werde.

Paris, 26. Dez. „Quotidien“ will erfahren haben, daß Cheron die Sanierung der französischen Finanzen durch folgende vier Maßnahmen erzielen wolle: 1. Die Aufhebung einer auslosbaren Anleihe, 2. die Einführung einer Bürgersteuer, 3. Senkung der Zahl der Divisionen von 20 auf 14, wodurch Einsparungen bis 1,5 Milliarden Francs ermöglicht werden könnten, und 4. starke Bekämpfung der Steuerhinterziehungen.

Aus aller Welt

Die angebliche Verhaftung der Prinzessin Hohenlohe: eine Falschmeldung!

Paris, 24. Dez. Die Sicherheitspolizei erklärte der nationalistischen „Liberte“, die gestern aus Biarritz die Nachricht von der Verhaftung einer Prinzessin Hohenlohe wegen Spionage veröffentlicht hatte, ausdrücklich, daß keine Untersuchung gegen diese Dame eingeleitet worden sei. Damit wird die Nachricht, die das Journal heute vormittag trotz eines gestrigen Dementis der Agentur Havas verbreitet hatte, hinfällig.

Amnestierter raubt mit der Polizei

GW. Göttingen, 26. Dez. Ein hiesiger Polizeibeamter traf auf seinem nächtlichen Dienstgang auf einen Raubförder. Statt der Polizei Folge zu leisten und ruhig seines Weases zu gehen, fing der etwas angetrunkene nächtliche Fußgänger mit dem Beamten Streit an und wurde tätlich gegen ihn. Es kam zu einer regelrechten Kauferei zwischen den beiden, in deren Verlauf der Polizeibeamte Kräfte und Wismuteln im Gesicht und an den Händen davontraug. Schließlich gelang es ihm, den Raubförder auf die Wache zu bringen, wo es nach Unterbringung im Polizeiaufwahrham zu einem neuen Angriff auf den Beamten kam. Durch die Geistesgegenwart der Polizei konnte der Angreifer schließlich unschädlich gemacht werden. Es handelt sich um einen jungen Mann, der als „schwerer Junge“ bekannt ist und erst am vergangenen Freitag auf Grund des Amnestierlasses der Reichsregierung aus dem Gefängnis entlassen worden war.

Der Berliner Ruffschaltprozess

Im Ruffschaltprozess des Rechtsanwalts Dr. Fehlowitz gegen die Stadt Berlin wurde vom Verlehrsrichter beim Amtsgericht Mitte das Urteil verkündet. Die Stadt Berlin wurde zur Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von 78,35 Mark nebst 5 v. H. Zinsen seit Dezember vorigen Jahres verurteilt. Im übrigen wurde die Klage auf den darüber hinausgehenden Betrag sowie die Widerklage der Stadt Berlin abgewiesen. Die Kosten des Prozesses trägt

Universitätsprofessoren beugen sich vor Naziklamauk

Was hat Professor Cohn getan?

Der Beschluß von Rektor und Senat der Universität Breslau durch den dem in letzter Zeit viel genannten Professor Cohn Verletzungen der pflichtgemäßen Zurückhaltung in einer umstrittenen politischen Frage vorgeworfen und demzufolge seine Lehrtätigkeit für nicht tragbar erklärt wird, bezweht sich, wie wir erfahren, auf eine Antwort, die Professor Cohn unter einer Reihe anderer Fragier (darunter Seering, Kapitän Erhardt usw.) dem „Morgenmagazin“ auf die Anfrage nach der Zweckmäßigkeit eines Wehrrechts für Trotki in Deutschland erteilt hat. Seine unter dem 19. Dezember veröffentlichte Erklärung lautet:

„Die Frage gehört zu den sehr zahlreichen Fragen, die kein sachlich Denkender ohne torakälteste Prüuna einer Reihe von Umständen zu beantworten vermag. Insbesondere dürfte es von Wichtigkeit erscheinen, zu wissen, welche Erfahrungen die Länder, in denen Trotki sich bisher aufhält, von seiner Tätigkeit gemacht haben. Ein geistiger Arbeiter wird stets schutzwürdig erscheinen, denn an Agitatoren und Propagandisten haben wir mangellos keinen Mangel.“

Für die „gelahrte“ Professorenwelt ist es also ein hochwürdiges Verbrechen, das mit der Lehrtätigkeit nicht zu vereinbaren ist, wenn ein Gelehrter auf eine Rundfrage antwortet und dabei auch gegenüber Trotki die Forderung einer Prüfung des Falls erhebt. Wie immer man sich zu Trotki stellt, so muß jeder wissen, daß Professor Cohn, der politisch ganz und gar nicht zur Linken steht, damit wirklich nicht aus dem üblichen Rahmen unjener „Lehren“ Kreise fällt, wie ja auch der übrige Teil seiner „Lehren“ zeigt. Aber man sollte in Breslau, wie ja auch schon in anderwärts und erst neulich in Heidelberg beim Fall Gumbel wieder mal ein Exempel statuieren, um sich bei den Nationalsozialisten lieb Kind zu machen. Und solche Herrschaften erheben dann noch Anspruch, Bahretinnen deutscher Wissenschaft zu sein! ...“

Waffenlager beschlagnahmt

GW. Aachen, 24. Dez. Von der Gemeindepolizei des holländischen Grenzortes Soesterbroek bei Heerlen wurden im Hause eines Gendarmenarbeiters auf dem Dachboden 200 Pistolen und 5000 Schuß Munition gefunden. Man nimmt an, daß die Waffen aus Belgien eingeschleppt wurden und später nach Deutschland auszuführen beabsichtigt wurden. Die Waffen wurden beschlagnahmt.

Goebbels und Hitler

W.F. — Zwischen dem Berliner Gauleiter Dr. Goebbels und der Münchener Parteileitung sind erneut schwerwiegende Differenzen entstanden: auf ausdrückliche Anordnung Hitlers erschienen im bisherigen Verbreitungsgebiet des „Anariff“ ab 1. Januar 1933 zwei neue Tageszeitungen, eine Ausgabe des Zentralorganes des „Völkischen Beobachters“, für Groß-Berlin und das „Märkische Tageblatt“ für den Gau Brandenburg. Herr Goebbels erließ in dieser Regelung mit Recht eine starke Schwächung seiner politischen Position und eine finanzielle Beeinträchtigung des „Anariff“, dessen Anteil an einem allerdings unter 50 Prozent liegenden Satz in seiner Hand sich befinden. Wir erfahren, daß Dr. Goebbels die Aufnahme der Werbe-Aufträge für die beiden neuen Tageszeitungen im „Anariff“ erst dann ausstehen hat, als ein förmlicher Befehl hierzu seitens der Münchener Parteileitung unter Betätigung der Reichsleiterstelle beim „Anariff“-Verlag vorgelegt wurde. Nunmehr jedoch hat Goebbels ultimativ gefordert, daß ihm die distatorische Leitung über die Redaktionen des „Anariff“ und der beiden neuen Blätter übertragen wird; es muß nach den Vorgesetzten und unter Berücksichtigung der Hitlerischen Organisationsmaßnahmen mit Siderheit angenommen werden, daß die Münchener Parteileitung diese Forderung des Dr. Goebbels ablehnen wird.

Berlin, 24. Dez. Vom 1. Januar 1933 ab ist die Einfuhr von Rundholz und Schweinefleisch nur mit Bewilligung gestattet.

GW. Berlin, 24. Dez. Wegen des dringlichen in- und ausländischen Butterangebots mußte die Buttermarktsteuer heute um 10 RM. pro 50 Kilogramm heruntergesetzt werden. Eine Preisfestsetzung wäre auf Grund der mangelnden Angebotsverhältnisse schon früher notwendig gewesen, man hatte aber in der Hoffnung auf eine Geschäftsbesserung vor den Feiertagen davon abgesehen.

Sieben Kinder verbrannt

Birmingham, 25. Dez. Bei einem nächtlichen Brande kamen sieben Kinder der gleichen Familie in den Flammen um. Die Eltern und das jüngste Kind erlitten schwere Brandverletzungen und wurden in ein Krankenhaus übergeführt. Drei Feuerwehrleute wurden ebenfalls verletzt.

Bestrafungsurteil

Im Maadburger „Bestrafungsprozess“ wurde die Angeklagte Frau König nach vierwöchentlicher Verhandlung wegen vollendeten und versuchten Betrugs zu zwei Jahren Gefängnis, 3000 M. Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust und die Angeklagte Frau Seifert wegen Betragens gegen das Geld wegen unlauteren Wettbewerbs sowie wegen vollendeten und versuchten Betrugs zu einem Gefängnisstrafe von 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 800 M. Buße verurteilt. Der mitangeklagte Arzt Dr. Schröder wurde freigesprochen.

Frau König hatte in mehreren von ihr geleiteten Bestrafungsinstituten zahlreiche Patienten, denen sie sehr weitgehende Bestrafungsverprechen gab, gegen Krebs behandelt. Der Vorliegende Fall in seiner Urteilsbegründung aus, daß der Tatbestand des Betruges objektiv erwiesen sei, weil Frau König ihren Patienten gegenüber behauptet habe, daß sie nach einer bestimmten, jeweils individuell angewandten Methode bestrafe. Sie habe jedoch über die angewandten Methode keine klare Auskunft geben können. Frau König hätte auch davon überzeugt sein müssen, daß ihre Methode keine Heilung herbeiführen könne. Außerdem hätten ihr die notwendigen medizinischen Kenntnisse hierfür gefehlt. Frau Seifert wurde wegen des gleichen Verbrechens bestraft.

Freistaat Baden

Wenn zwei dasselbe tun...

Das Zentrum hat sich mächtig aufgeregt, als zu Beginn der letzten Woche die sozialdemokratische Landtagsfraktion ihre Anträge an den Landtag zur Bekämpfung der Not und zur Beschaffung von Arbeit bekanntgab. „Badischer Beobachter“ und die „Zentrumskorrespondenz“ arrieten ganz aus dem Häuschen, ob der Tatsache, daß eine außerhalb der Regierungskoalition stehende Partei es wagt, vernünftige und brauchbare Vorschläge zu machen, wie der Not des Volkes zu Leibe gegangen werden kann. Es sei „eine undankbare Arbeit“, die die Sozialdemokratie jetzt habe, nachdem sie in Opposition gegangen sei. Die Anträge würden „auf der Höhe einer ungeschicklichen Opposition“ stehen, die Sozialdemokratie würde dasselbe tun, was sie noch vor kurzer Zeit „als verantwortungslos bei andern verdammte und verwarf.“ Das Zentrum war also höchst ungehalten und verstimmt über das sozialdemokratische Vorgehen. Es gab nur gnädig zu, daß „was gemacht werden kann, wird ohne die sozialdemokratischen Anträge schon von andern gemacht.“ Das war also des Pudels Kern! Die Urfrage des Kerns! Der liebe Konkurrenzneid! Die Sozialdemokratie war etwas früher aufgetaucht, wie das Zentrum und sein Regierungspartner Deutsche Volkspartei. Die Sozialdemokratie hat tatkräftig zugegriffen, hat praktische und durchführbare Vorschläge gemacht! Und hat dadurch den Herren von der jetzigen Regierungskoalition das Konzept verdorben! Deshalb der Werg und die Verstimmlung! Deshalb die Mobilisierung des „Badischen Beobachters“ und der „Zentrumskorrespondenz“.

Daß wir mit dieser Kennzeichnung des Widerhalts der sozialdemokratischen Anträge beim Zentrum recht hatten, beweist der „Badische Beobachter“ in seiner Nr. 354 vom letzten Freitag. Da veröffentlicht er nämlich den „bedeutamen interfraktionellen“ Antrag, den die badischen Regierungsparteien Zentrum, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei — Letztere ist also nun auch zur Regierungspartei aufgerückt, obgleich Herr v. Au noch nicht Staatsrat ist! — an den Landtag eingebracht haben. Und dieser Antrag deckt sich zum größten Teil mit den Forderungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion! Deshalb also „undankbare Aufgabe“, „durchaus ungeschickliche Opposition“, wird auch schon von andern gemacht! Weil nun kein politisches Geschäft zu machen ist! Weil die Sozialdemokratie zuerst, ja immer, an die Not dachte, und denkt, und zuerst den Kampf gegen sie aufnahm. Deshalb die Verstimmung und der Werg. Wir können den Herrschaften den Schmerz nachfühlen. Aber wir können ihnen auch verzeihen: Es wird ihnen noch manchmal passieren, daß die Sozialdemokratie rascher auf dem Damm und zur Stelle ist, wie die badischen Regierungsparteien.

Uebrigens, ein Teil des Antrags der Regierungsparteien, und zwar der erste Abschnitt, steht nicht unter den Forderungen der Sozialdemokratie. Im Absatz 1 ihres Antrags verlangen nämlich die Regierungsparteien, die Regierung möge bei der Reichsregierung darauf hinwirken, daß für Hausreparaturen aller Art die bisherige Reichshilfe von 50 Millionen Mark auf mindestens 200 Millionen Mark erhöht werde. Diese Forderung ist eigene, eigenste Arbeit der Regierungsparteien! Und aus diesem Teil des „interfraktionellen“ Antrags ist auch am deutlichsten ersichtlich, daß die Wirtschaftspartei jetzt wirklich und tatsächlich Regierungspartei ist: Herr Dr. Führ das Konfordat, Herr Dr. Matthes die Fleischsteuer und Herr v. Au 200 Millionen für den Hausbesitz! Vielleicht sind die 200 Millionen der Ausgleich oder die Gegenleistung, für die von der Wirtschaftspartei, wir wollen mal sehr milde sein ausdrücken, nicht sehr freundlich bearbeitete Fleischsteuer! Daß die Forderung des Herrn v. Au an erster Stelle des „interfraktionellen“ Antrags steht, beweist auch, wie stark der Einfluß der Wirtschafts- und Hausbesitzerpartei in der neuen Koalition ist. Zwar sehr klein und unansehnlich gegenüber dem großen Regierungsfreund Zentrum, aber dafür um so lauter, um so aktiver, um so energischer und andruckscholler im fordern. Herr v. Au wird in der neuen Regierungskoalition wohl der unbedeutendste Partner sein! Seine Fähigkeit in der Verwirklichung seiner Hausbesitzerinteressen wird dem Kabinett manche harte Stunde bereiten. Doch, das sind nicht unsere leiblichen Regierungssorgen!

Im übrigen aber: Die Regierungsparteien kommen nach jeder Richtung hin zu spät! Auch mit den Wünschen des Herrn v. Au. Denn noch bevor der „bedeutame interfraktionelle Antrag“ veröffentlicht wurde, hat der Arbeitsbeschaffungskommissionar Dr. Gerete bereits mitteilen lassen, daß sofort 200 Millionen Mark für Reparaturzwecke an Altbauwohnungen bereitgestellt würde. Also, das Weihnachtsgeschenk an die Hausbesitzer war bereits „von andern“, um in der Sprache des „Badischen Beobachters“ zu bleiben, gemacht, ehe die badischen Regierungsparteien es verlangten. Und was die weiteren Teile des „bedeutamen“ Antrags nachgeht, so sind sie entweder den sozialdemokratischen Anträgen nachgebend, oder entlehnt — wobei allerdings festzustellen ist, daß sich der Antrag der Regierungsparteien eine ganze Reihe sehr wichtiger vor allem sozialer Forderungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nicht zu eigen macht — oder sie stehen in dem vom badischen Staatspräsidenten in der Pressebesprechung vom letzten Freitag mitgeteilten Notstandsprogramm der badischen Regierung. Die Aufhebung der Fleischsteuer wird allerdings nicht verlangt! Diese Sache bleibt als ernstesteres Interesse dem Landtag vorbehalten, wenn Wirtschaftspartei und Badischer Bauernverein, der ja isolieren auch ein Stützpunkt der Regierung ist, den Eierkurs gegen die Fleischsteuer, aber doch für die Regierung aufbringen werden.

Im ganzen aber: Nach dieser Veröffentlichung des Antrags der Regierungsparteien verstehen wir den Werg und Mühsal des Zentrums über die sozialdemokratischen Anträge. Der bedeutame „interfraktionelle“ Antrag der Regierungsparteien ist ein Verlebensprodukt. Unter seinem Inbilde nach ist er, militärisch gesprochen, unter die sogenannten Fehlschüsse zu buchen.

Die Konkordatsfrage in Württemberg

Stuttgart, 25. Dez. Der Abschluß des badischen Konkordats hat da und dort die Frage hervorgerufen, ob auch für Württemberg der Abschluß eines Konkordats in Aussicht genommen sei. Der Kultusminister erklärte — nach dem „Zentralblatt“, Nr. 52 — das Staatsministerium habe sich schon im Frühjahr 1927, wie damals in der Presse bekanntgegeben worden sei, im Zusammenhang mit der Bischofswahl gegenüber dem päpstlichen Stuhl bereit erklärt, in Verhandlungen über die Erneuerung der Vereinbarungen vom Anfang des 19. Jahrhunderts einzutreten, habe aber bisher noch keine Veranlassung gehabt, sich mit diesem Gegenstand weiter zu befassen.

Auflösung des preußischen Landtags?

W.R. Berlin, 24. Dezember
Von bestununterrichteter Seite wird uns berichtet:
Die Tatsache, daß der Präsident des preußischen Staatsrats, Dr. Auenauer, den ihm vom Staatsrat erteilten Auftrag zur sofortigen Einleitung einer Klage gegen das Reich bisher völlig unbeachtet gelassen hat, war in den letzten Tagen in nationalsozialistischen Führerkreisen Gegenstand ernster Beratungen. Uebereinstimmend wertete die preußische Hitlerpartei diese Haltung des Präsidenten Dr. Auenauer als Symptom für das endgültige Einschwenken des Zentrums in die Linie des Reichskanzlers von Schleicher; man glaubt ferner zu der Vermutung gezwungen zu sein, daß die schwarz-braunen Koalitionsverhandlungen in Preußen für die Zentrumspartei längst im dilatorischen Stadium anelangen sind.
Es kommt hinzu, daß die nationalsozialistischen Abgeordneten Göring (der Kandidat Hitlers für den Posten des preußischen Ministerpräsidenten) und Kerrl über ihre künftige Aussprache mit dem Reichskanzler von Schleicher in höchstem Maße unzufrieden sind; es dürfte, wie von maßgebender Seite der NSDAP, erklärt wird, die Forderungen des Reichskanzlers noch erheblich schroffer gewesen sein, als amtlich mitgeteilt wurde. Vor allem soll Reichskanzler von Schleicher die bedingungslose Unterstützung der Reichsregierung durch die NSDAP, als erste Voraussetzung für die Aufhebung des Reichskommissariats in Preußen und für die Anerkennung eines erminnen preußischen Ministerpräsidenten der Hitlerpartei verlangt, und zwar, wie Göring erklärt, mit „dürren Worten“ verlangt haben.
Am meisten jedoch ist man in nationalsozialistischen Kreisen darüber beunruhigt, daß das Zentrum zur Mitwirkung bei der Auflösung des preußischen Landtages und zur Vornahme von Neuwahlen in Preußen entschlossen zu sein scheint. Man gibt sich keiner Täuschung hin, daß die Neuwahlen für die Nationalsozialisten katastrophal seien und die Hitlerpartei endgültig aus ihrer starken Position im preußischen Landtag herauswerfen würden; es wird offen ausgesprochen, daß statt der 162 nationalsozialistischen Abgeordneten bestenfalls deren 100 wiederkämen, daß die Sozialdemokraten zur stärksten Fraktion würden und den neuen Landtagspräsidenten stellen.

Die Nationalsozialisten fühlen sich in Preußen völlig in die Defensive gedrängt; ohne daß sie glauben, sich dagegen zur Wehr setzen zu können, leben sie den Tag heran, an dem der Ministerpräsident Braun, der allein dazu legitimiert ist, das Drei-Männer-Kollegium nach Artikel 14, Absatz 1 der preußischen Verfassung berufen und mit den Stimmen des Ministerpräsidenten und des Präsidenten Dr. Auenauer die Auflösung des preußischen Landtages beschließen wird.
Und schließlich gibt man sich in nationalsozialistischen Kreisen auch darüber keiner Illusion hin, daß das Zentrum tatlich nur gewinnen kann, wenn die schwarz-braune Mehrheit zerfallen wird; sofern nach den Wahlen überhaupt auf der bisherigen Linie weitergegangen werden sollte — eine Frage, die noch offen ist — müßte zumindest die Deutschnationale Volkspartei in die Kombinationen einbezogen werden. Das aber würde eine noch stärkere Bindung der Nationalsozialisten an den Schleicher-Kurs erzwingen.
Sinnfälliger der Sozialdemokratie glaubt man, daß, ganz abgesehen von allgemein-politischen Erwägungen, der mögliche Verlust

von ein paar Mandaten gegen den Preis des neuen Landtagspräsidenten gern in Kauf genommen würde.
Aus alledem ergibt sich, daß der realpolitische Sinn der Dittlerleute im Wachen begriffen ist; die Tragik will es, daß dieser realpolitische Sinn die Nationalsozialisten zu düsteren Prognosen zwingt. Dabei wird mit jedem Tag die Notwendigkeit, endlich an die Staatsmacht und an die Staatskasse heranzukommen, dringender!

Aus dem Nazisumpf

Wo bleiben die Spenden?

Der sozialdemokratische „Volksfreund“ in Gelsenkirchen veröffentlicht zwei Schriftstücke aus dem Nazisumpf, die ein charakteristisches Bild aus dem Hitlerjumpf entwerfen.
Das erste Schreiben, ein Brief ist von dem Gauhilfswart Otto Schlimme aus Gelsenkirchen an den Ortsgruppenleiter H. Meier in Lauenhagen gerichtet. Schlimme ist der Verwalter des sozialen Nazibeams in Gelsenkirchen. In dieser Eigenschaft schreibt er an seinen Pa. H. Meier:
„Gern bestätige ich den Eingang Ihrer sehr guten Lebensmittel und zwar 168 kg. Wurst und Fleischwaren, 103 kg. Bohnen und Erbsen und 54 kg. Kohl. Sämtliche Lebensmittel sind in die Küche des Sozialen Heims gekommen und haben eine gute Verwendung für unsere Kämpfer während des Wahlkampfes gefunden. Gerade für die Zeit des Großen Kampfes waren wir doch durch Ihre lebenswichtigen Spenden in der Lage, unseren Kämpfern den hungrigen Magen sättigen zu können, welches große Anerkennung bei unseren braven Kämpfern auch ausgelöst hat. Wenn wir uns keine Ruhe gönnen, so sollen unsere ermatteten Geister auch diese nicht finden, sie sollen unsere Härte noch härter spüren bis sie alle erschlagen vor unseren Füßen liegen. Wir rufen Ihnen auf dem Lande zu: „Auf zum Kampf, weg mit dem Soffem!“
Der „Kampf gegen das Soffem“ bestand darin, daß kein Magen eines Naziproleten von den gekauften Lebensmitteln je etwas gespürt hat. Der Ortsgruppenleiter H. Meier aus dem Dorf Lauenhagen hat deshalb am 14. November 1932 folgende mit Naziflag verlebene Erklärung abzugeben:
„Befehle hiermit, daß der SS-Mann . . . SS-Standarte aus Gelsenkirchen, hier bei uns war und sich nach den Spenden erkundigte, welche von hier nach Gelsenkirchen gegangen sind. Nun sind wir ganz erstaunt darüber, daß die armen Pa. den Zentner Kartoffeln dort mit 2 Mark bezahlen mußten. Wir sind in dem guten Glauben, den Vermitteln dort gehalten zu haben, aber nun müssen wir annehmen, daß dort mit den gespendeten Sachen Geschäfte gemacht werden. Auch haben wir im Februar ds. Js. allerlei Kartoffeln, Brot, Fleisch und Wurstwaren nach Gelsenkirchen geschickt, auch da wird uns jetzt von einem Pa. gesagt, daß sie von den Würfeln nichts bekommen hätten, welches uns ja fürchterlich leid tut. Wir werden jetzt nicht eher ruhen, bis die Sache reiflich geklärt ist und an weitere Spenden ist nicht zu denken, solange dort nicht durchgegriffen ist.“

Nicht nur in Gelsenkirchen, an vielen anderen Orten fragen die Naziproleten vergebens, wo die Spenden und Lebensmittel geblieben sind. Sie sind an vielen anderen Orten den gleichen Weg gegangen wie in Gelsenkirchen. Sie wurden vom SA-Führer zu Geld gemacht, das in Saus und Braus vertrabt wurde, während die SA-Proleten hungerten.

Sozialdemokratie und Siedler

Herabsetzung der Siedlerrente - für die Landarbeiter

Die Nazis versuchen Anträge zu stehlen - Eine unfähige und freche Gesellschaft

Der Siedlungsausschuß des Reichstags beschloß auf Antrag der Sozialdemokraten die Herabsetzung der Siedlerrente auf 3 Prozent. Nur die Kommunisten stimmten dagegen. Ein zweiter, mit allen Stimmen angenommener sozialdemokratischer Antrag für die Landarbeiter mit Eigenheimbesitz hat zur Folge, daß bis zu einer Neuverteilung der Verhältnisse jede Pfändungs- und Zwangsmaßnahmen zu unterbleiben haben.
Daß die Nazis das Herabsetzen nicht verstehen und aus Wohninhaberlagen große Wutstöße zaubern, ist seit dem 6. November ein beliebter Nazi-Trick. Daß sie aber im Reichstag aus einem sozialdemokratischen Antrag einen Nazi-Antrag zu fälschen versuchen, das hat den Volksvertretern des Dritten Reiches noch keiner gemacht.

Auf Antrag der Sozialdemokratie tagte in dieser Woche der Siedlungsausschuß des Reichstags. Zur Beratung standen die Siedlungsanträge der Sozialdemokratie. Ihr Baustratgeber, Abgeordneter Lempe-Weser begründete sie und forderte sofortige Hilfsmaßnahmen für die häuerlichen Siedler, sowie für die Landarbeiter mit Eigenheimbesitz. Er forderte unter anderem die Herabsetzung der Rente auf mindestens 3 Prozent für die nächsten Jahre. In der Zwischenzeit soll die Regierung die An- und Verkaufspreise der Siedlungen einer Revision unterziehen, mit dem Ziel, die Rentenverzinsung der verschlechterten Lage der Landwirtschaft an-

zuwasen und entsprechend zu senken. Der sozialdemokratische Abordnete Laxen (Niederrhein) nahm sich der Landarbeiter an. Für sie verlangte er die unbedingte Stundung der fälligen Rentenrückzahlung und Verlängerung der Rückzahlungssfrist auf fünfjährige Jahre. Die Sozialdemokraten Ebert, Bießer, Soffstein und Kibel-Hessen ergänzten das begründete Material.
Hitlers Ketter aus aller Not, die Nazi-Abgeordneten redeten während der Beratung große Lüge, aber nach ihren Vorschlägen gefragt, mußten sie eingestehen, daß sie „einstweilen“ keine machen könnten. Sie müßten sich noch einmal informieren! Sie ließen sich dann die sozialdemokratischen Vorschläge zum Durchgehen geben und dann erstreckten sich die Nazimänner, ihre Unterschrift unter die sozialdemokratischen Vorschläge zu setzen, um bei den Wählern die sozialdemokratische Leistung und Forderung als Nazitakt hinstellen zu können. Als die Sozialdemokraten den Fälschertick bemerkten, kopften sie den Betrüger auf die Finger. Die antirentneren Beamten des Reichstags schüttelten den Kopf über diese hitlerischen Volksverbrecher und ihre Methoden.

Die Beschlußfassung der sozialdemokratischen Anträge zur Rentenstundung für die Landarbeiter wurde auf Wunsch der Regierung bis Januar vertagt. Die Regierung sagte jedoch entsprechend dem Antrag der Sozialdemokratie verbindlich zu, daß Pfändungen und Zwangsmaßnahmen bis auf weiteres unterbleiben.

Reinigung an der Ruhr

Die notwendige Sanierung des Stahlvereins

Noch immer beschäftigen sich die Industrieberzerre des Ruhrgebietes mit der Wohnenwölche am Stahlverein. Mit allen Mitteln verteidigen die Großaktionäre ihren schlechten Schein. Die Öffentlichkeit darf nicht erlauben in der Wandmarktung dieses gemeingefährlichen Treibens. Die Sanierung des Stahlvereins darf nicht hinterzogen, sie muß nach volkswirtschaftlichen und kaufmännischen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Es gibt keine echte Krisenliquidierung in Deutschland, jede Wirtschaftsebebung wird gehemmt, wenn der Augiasstall an der Ruhr nicht ausgeräumt wird. Mit 483 Millionen Anteilsschulden, mehr als 450 Millionen kurz- und mittelfristigen Schulden und fast 300 Millionen größenteils wertloser Beteiligungen ist bei einer durchschnittlich zu 40 Prozent leerlaufenden Kapazität eine Dividende für 775 Millionen Kapital ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man nicht mit der verbrecherischen Absicht umgeht, wertlos die deutschen Eisen- und Kohlenverbraucher auszubeuten, Deutschland zu einem Vorkriegsland auf alle Ewigkeit zu machen und sich neben Straß- und Steuerubenditionen noch offen vom Staat subventionieren zu lassen.

Wolkswirtschaftlich muß das Ziel verfolgt werden, die Aufrechterhaltung des Stahlvereins auf die Sanierung des Stahlvereins die entscheidende Vorarbeit geleistet werden. Wenn schon wegen der noch ungünstigen politischen Machtverhältnisse die Konsolidierung der Montanindustrie jetzt nicht möglich ist, was die Sozialdemokratie fordert und sicher das Vernünftige wäre, so wäre die Vernachlässigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte doch ein unerantwortliches Verbrechen. Privatwirtschaftlich muß ver-

fahren werden wie bei jeder Sanierung: die übermäßige Verschuldung muß abgebaut, es muß für neue offene und stille Reserven und für die Beschaffung neuer Mittel in der Bilanz Raum geschaffen werden; dazu sind das Eigenkapital zusammenzuführen, die Anlagen nach der auszuübenden Kapazität abzuwerten, Forderungen und Beteiligungen auf ihren tatsächlichen Wert zu reduzieren. Da die Gründergesellschaften und privaten Großaktionäre sich durch Gründergewinne leinereit unerschütterlich bewahrt und die Gläubigerbanken sich durch mangelnde Sorgfalt in der Kreditgewährung am heutigen Bankrott des Stahlvereins mit schuldig gemacht haben, sind von ihnen die größten Opfer zu bringen.

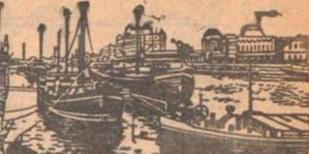
Wir werden im Namen der Arbeiterschaft, deren Interessen mit denen der Volkswirtschaft und des Staates identisch sind, darüber wachen, daß auch das Reich, der neue und entscheidende Großaktionär im Stahltrust, bei der Sanierung seine Pflicht tut.

Erleichterungen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene

W.B. meldet: Durch Erlass hat der Reichsarbeitsminister auf Antrag des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener sowie des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebener angeordnet, daß für die Krisenunterstützung von Personen, denen nach den Reichsgrundgesetzen über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge gebundene Fürsorge zusteht, nicht der Nachlaß der allgemeinen Fürsorge, sondern der abgehobenen Fürsorge oder Grenze im Rahmen der Sätze der Arbeitslosenversicherung sein soll. Der Erlass tritt mit Wirkung vom 9. Januar 1933 in Kraft.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

27. Dezember.

1320 Vertrag zur Errichtung des ersten deutschen Eisenwerkes (Waldenbrunn). — 1571 Astronom Joh. Kepler. — 1822* Französischer Chemiker Louis Pasteur. — 1864 Erste Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. — 1872 Seemannsordnung wird Reichsgesetz. — 1926 Sozialdemokratischer Abgeordneter Fritz Jabel.

Elendsweihnachten 1932

Das „Fest des Lichtes“ 1932 ist wohl eines der trübsten seit langem Gedenkten. Grau in Grau oder noch besser ausgedrückt schwarz in schwarz hat es sich gezeigt. Die Welt voll grauenvoller Elend, wovon wir in Deutschland eine besonders gut bemessene Dosis über uns ergehen lassen müssen, war die wirtschaftliche Signatur des Festes des „Wohlfühlens aller“. Ja, selbst die Natur bemühte sich, das graue Bild noch zu vervollständigen, denn das bishige weiße Kleid, in dem Felder und Bäume sich in den Tagen vor Weihnachten präsentierten und Winterzauber zeigten, wurde uns noch genommen. Mit der himmlischen Harmonie scheint es also nicht allzuweit her zu sein. Aber immerhin blieb es doch noch trocken, wenn auch beide Tage mit Regen gedroht haben. Also, wir danken dem lieben Herrn Petrus, daß er uns wenigstens mit der „Trockenlegung“ bedachte. Wir sind nämlich beschiden geworden, besonders in Zeiten der Notweihnachten.

Besonders grau und schwarz waren die Weihnachtstage in den Familien, die schon seit Monaten, ja sogar jetzt Jahr und Tag von Arbeitslosigkeit geplagt werden. Wenn auch wohl der nagende Hunger durch Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten der Winterhilfe, der Gemeindefürsorge usw. etwas gebannt worden war, es fehlte aber an dem gewissen „festlichen Ueberflut“, der Weihnachtsabend aus dem Tage heraushebt. Vieles ist auch die letzten Feiern zur Finanzierung des Festes verdrängt worden, ja vielleicht noch darüber hinaus. Man wollte doch wenigstens etwas Weihnachten erleben, insbesondere da sich ja das „Christkindchen“ traditionell in klaffenherzhaftem Sinne betätigt.

In der Landeshauptstadt verlief die Feiertage in der gewohnten Weise, etwas mehr überall los. Bei den diversifischen Weihnachtsfeiern trauten sich deren Teilnehmer. Die größte der Veranstaltungen hat wohl wiederum der Arbeitergefangenenverein „Vorwärts“ zu buchen. Diese zur Tradition des Vereins gewordene Feier sah wie immer einen vollgestellten Festsaal und bot Alt und Jung recht frohe Stunden. Auch die Veranstaltung des Reichsbanners im Friedhof verlief in der denkbar besten Weise.

Eine recht große Enttäuschung brachten die Feiertage den Winterportlern, trotzdem die Piste doch so tüchtig geschmiert wurden. Aber wenn Petrus seine „Schmiere“ nicht sendet, hilft das beste Schindeln nichts. Die ausrichtslosten Sportmöglichkeiten brachten natürlich auch dem Reisesportler einen starken Abtrag, so daß sich derselbe nicht allzuviel von demjenigen eines gewöhnlichen Sonntags erhofft. Und das ist bedauerlich im Interesse der Bahnen, sowie unserer Naturfreundebühnen und der anderen auf Fremdenverkehr angewiesenen Unternehmungen.

War es also wiederum nichts mit allzugroßen Vorhaben — wohl dem, der sich dies leisten konnte — so beschränkte man sich, insbesondere die große Masse mit schwachen Geldbeuteln, auf Spaziergänge in die weitere und engere Umgebung. O Harzwald, o Harzwald, wie bist du so schön!

Uffig waren die Kinder mit ihren Spielzeugen, die so mancher kleine Gernegroß und Dreifährchen auf den Straßen spazieren führte. Aber o weh, das Uhrwerk an Autos oder sonstigen „Maschinen“ hatte schon ausgedient und der Besitzer zog „sein Christkind“ an einem Bindfaden herum. Man sah auch Kinder von Hülfsarbeitern, die ein Schicksal mit sich trugen — denn Weihnachten ist doch das Fest des Friedens! Diese Leute richteten sich eben mehr auf das Tüten, also auf den Tod anstatt auf das Leben ein — analog der Entwicklung der Partei Wolfs des Großen!

Kun liegen die Festtage hinter uns. Grau und schwarz war das Weihnachtsfest. Wird Ostern grün werden? Hoffen wir auf einen Aufstieg. Wir dürfen nicht verzagen! Derweilen plagen uns allerdings noch dieselben Sorgen, die wir (vielleicht) am „Heiligen Abend“ vergeßen haben.

Der Feiertagsverkehr im Schwarzwald

Blieb im allgemeinen hinter den abgesehen Erwartungen zurück, was wohl in der Hauptsache mit dem Ausbleiben des Schnees zusammenhängt. In der Ebene hatte sich eine dicke Schneedecke festgelegt, die Berge waren zum großen Teil nebelfrei, so daß sich den wenigen Wanderern besonders am ersten Feiertage prächtige Bilder boten. Abenebene und die tief eingedellten Schwarzwaldtäler lagen unter dem grauen Dunst verborgen, während die Berge des Schwarzwaldes, die Vogesen, zeitweise auch der Kaiserstuhl, klar in der Winterhülle lagen. Mit dem Winterport hatte man, abgesehen vom Eislauf auf dem Titisee, an Weihnachten keinen großen Erfolg. Nur auf den wenigen steilen Nordhängen des Hochschwarzwalds tummelten sich einige Linienwege mit ihren Brettern. Die Sitzwagen waren durchweg für den Kraftwagenverkehr frei.

Geschichte der bad. Sozialdemokratie im zweiten Abend der Jungsozialdemokraten

Gen. Landtagsabg. Weiskopf erzählt sie mehr, als er sie lehrte; was bei der Jugend größeren Anklang fand. Und zwar aus eigenem Erleben und aus vorhandenen Aufzeichnungen unserer Parteimitglieder. Denn Baden war während des Sozialkämpfes bewährte Durchgangsstation für die Einbürgerung des verbotenen Züritzer „Sozialdemokrat“. Er skizzierte die Persönlichkeiten der verdorbenen Genossen Dreesbach, Dr. Frank und Kolb, der Gewerbetreibende usw., rollte die Zeit der jungen Subjektbewilligung im Bad. Landtag auf, die Großstadtlage von 1905-1917, die Umfassung von 1918, unsere Teilnahme an der Regierung von 1919 bis 1932 und endlich die industrielle Entwicklung Badens, die in ihrer guten Zeit ziemlich stark war.

Unsere jungen Freunde bewahrten Aufmerksamkeit und bezeugten ihr berechtigtes Interesse durch eifrige Fragestellungen an den Referenten. — Damit war die Vortragsreihe über die Geschichte der badischen Sozialdemokratie abgeschlossen. — In der nächsten Zusammenkunft spricht Gen. Landtagsabg. Trinks über das Heidelberger Parteiprogramm, wobei er aufbauen wird vom Gothaer Einigungsprogramm von 1875 und vom Erfurter Programm, das bekanntlich volle 25 Jahre der Partei die heiligen Waffen lieferte.

Die Polizei berichtet:

Einbrüche

In der Nacht zum 27. Dezember wurde in Beiertheim einbrochen und verschiedene Schußwaffen, ferner ein Sparschweinbuch von der Stadt, Sparschwein Karlsruhe, ein solches von der Volksbank Ettlingen, sowie ein Geschäftsbuch der Volksbank Ettlingen, ferner ein Sparbuch und eine Anzahl 3- und 5-Markstücke (noch gültige Geldmünzen) gestohlen.

In der Oststadt wurden in der Nacht zum 26. Dezember aus einer Gartenhütte drei Zuchtholen gestohlen. Die Hölle wurden später beim Parkring gefunden.

Am Samstag abend wurde wieder ein Einbruch ins Bad. Landestheater versucht. Der Täter hatte bereits einen Topf voll aufgemengert und zum Mitnehmen bereitgestellt, als er durch das Personal gestört wurde. Er konnte rechtzeitig unter Zurücklassung des Topfes flüchten. Die nötigen Fahndungsmaßnahmen wurden sofort eingeleitet.

Verkehrsunfall

Am Samstag abend stießen Ede Erbrinsens- und Herrenstraße zwei Personentransportwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden so stark beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Personen kamen nicht zu Schaden. Der Zusammenstoß ist zweifellos auf die Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts zurückzuführen.

Wenn die Grippe wiederkommt

Krankheit und Jahreszeit stehen vielfach in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis, d. h. bestimmte Krankheiten pflegen zu bestimmten Jahreszeiten in gebührender Weise aufzutreten. Das gilt besonders von der Grippe. Zwar sind wir im vergangenen Jahre von ihr ziemlich verschont geblieben, ob es aber in diesem Jahre ebenso wird, das steht noch dahin. Wie dem auch sei, „wenn die Grippe wiederkommt“, dann soll sie uns wenigstens gerührt finden. Durch zweckmäßiges Verhalten nämlich vermögen wir der Grippe viel von ihrem Schrecken zu nehmen und ihrer Weiterverbreitung wirksam entgegenzutreten.

Meist beginnt die Grippe als ein scheinbar harmloses, wenn auch gewöhnlich mit Fieber und Frost verbundene Erkältungskatarrh. Sobald wir in der letzten Zeit diese Krankheitszeichen bemerken, sollten wir daher nicht verzagen, durch allerlei Mittel und Maßnahmen selbst an uns heranzutreten, sondern zunächst ins Bett gehen und den Arzt, mindestens beim Auftreten von Fieber, sofort zu Rate ziehen. Gerade die leichten Fälle, die unerkannt bleiben oder verheimlicht werden, sind geeignet, der Weiterverbreitung der Krankheit Vorkurs zu leisten. Selbstverständlich ist nicht jede fieberhafte Erkältung gleich eine Grippe, ob sie es ist, das vermag im allgemeinen nur der Arzt zu entscheiden.

Der Einzelne kann sich und seine Umgebung wirksam vor einer Erkrankung an Grippe schützen, vor allem durch die Beachtung der wichtigsten Grundregeln vorbeugender Gesundheitspflege. Zu diesen gehört: Vermeidung allzu naher Berührung mit dem Kranken und Abstandhalten vor ihm mindestens auf Armeslänge. Man sollte ferner darauf, daß der Kranke beim Husten und Niesen sein Gesicht abwendet oder sich ein Taschentuch vor den Mund hält. Alle vom Kranken benutzten Teller und Trinkgeräte sind sofort zu halten und nach erfolgter Benutzung sorgfältig zu reinigen, wenn möglich zu desinfizieren. Unnötige Besuche sollte man von jedem Erkrankten möglichst fern.

Ein Vorbeugungsmittel mit zuverlässiger Wirkung gibt es trotz aller derzeitiger Anpreisungen nicht, wohl aber wird der Einzelne seine persönliche Empfänglichkeit gegen die Krankheit, abgesehen von der Innehaltung obiger Vorkehrungsmaßregeln, dadurch stärken können, daß er für ausreichenden Schlaf, körperliche Bewegung im Freien in angemessener Kleidung und für eine den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte, zweckmäßige Ernährung Sorge trägt; denn geschwächte und übermüdete Menschen fallen leichter der Grippe, besonders leicht zum Opfer.

Wer diese Vorkehrungen in geeigneter Weise in die Tat umzusetzen weiß, braucht keine Grippeangst zu haben, sondern dürfte, soweit als möglich, gerührt sein, „wenn die Grippe wiederkommt“!

Die Freuden eines Schriftleiters

Schildert das „Querschnittsblatt“ wie folgt:

Sat ein Blatt viel Ansehen, befragen sich die Leser wegen Stoffmangels. Hat es wenig Ansehen, so sagt man, es ist nichts wert. Läßt sich der Redakteur viel auf der Straße sehen, dann heißt es, er dümmelt herum. Arbeitet er fleißig zu Hause, dann ist er ein Mensch, der sich um seine Angelegenheiten kümmert. Nimmt er einen langweiligen Brief nicht auf, macht er sich keine Mühe, nimmt er ihn auf, dann heißt es, der bringt jeden Quatsch, Unterdrückt er peinliche Nachrichten aus gutwilligem Herzen, sagt man, er ist feige und besorgt um seine Klasse. Bringt er aber den Bericht, dann gibt es Kravall mit der betreffenden Familie und ihren Freunden. Kennt er den Namen, so bezieht er eine Gemeinheit. Macht er einen Wit, dann ist er anmaßend. Weicht er mit seiner Schreibweise stets im Schatten flüster Denkart, dann ist er ledern und langweilig. Gebraucht er eine scharfe Schreibweise, dann ist er floselig und groß. Schreibt er gemächlich und sahm, dann ist das Blatt eintönig. Deckt er Mißstände auf, ist er ein Revolverjournalist; kommt er dabei gar ins Gefängnis, ist er ein dummes Kerl. Unterläßt er es infolge dieser üblen Erfahrungen und des Dankens der Welt, für andere die Kastration aus dem Feuer zu holen, so ist er ein Mensch, der für Höheres kein Interesse hat.

Man sieht also schon aus dieser kleinen Auswahl von Beispielen, daß ein Redakteur vor vornherein darauf verzichten muß, es den Lesern seines Blattes recht machen zu wollen.

Tierschutz

Wenn am Morgen in den winterweiß blühenden Bäumen und Sträuchern die kleinen Vögel aufzuklinken hören und warten, bis der Vogelstreich das Futter streut, gehört dies zu den schönsten kleinen Freuden des Winters. Der Vogelstreichgedanke hat überall Verbreitung gefunden. Darüber dürfen wir die anderen Tiere in Winternot nicht vergessen, besonders in der Winternotzeit, die Warmherzigkeit und Liebe im Menschen wachrufen muß. Da ist das alle ermöglicht, das Reitenbrauen, die Gemeinnutz, regelmäßiges Futter und eine warme Hütte brauchen, das traurige Wesen einer herrenlosen, unbeschränkten Katze, die Tierquälerei des Gänsestopfens und vieles andere. Wir brauchen nur Augen und Ohren zu öffnen. Der Tierfreund würde nicht als Tierliebhaber, der sich insofern nicht, sondern kläre überall auf und helfe in uneigennütziger Arbeit und tapferer Liebe.

Aus Organisationen und Vereinen

Freigeistige Erziehung

Es geht uns folgender Bericht zu: Vor einem Zuhörerkreis, der unbedingt hätte größer sein müssen, sprach Hauptlehrer Meyer-Weingarten im Volkshaus über das obenbenannte Thema. Einleitend machte er zum Kontorbat des badischen Staates einige Bemerkungen, die in dem Sinne gipfelten, daß nur derjenige ein Recht habe, das Kontorbat zu kritisieren, der aus der Kirche ausgeschlossen ist, denn als Kirchenmitglied unterstützt und fügt man sich den Plänen der Kirche. Freigeistig erziehen kann nur der, der selbst vom freigeistigen Denken, Tugenden und Wollen tief durchdrungen ist. Zur Abwehr der christlichen Einflüsse müssen sich daher alle Antichristen auf eine Kampfgemeinschaft zusammenschließen. Den Haupteinfluß auf das Kind hat zweifellos die Mutter. Die Haupterziehung am Kinde fällt in die Zeit vom 1. bis 6. Lebensjahr. Hier hat es die Kirche vorzüglich verstanden, durch Führen von Kindertagesstätten die Kindererziehung für sich zu fangen und so dem Kinde unerbittliche Eindrücke zu vermitteln. Ein ungeheures Arbeitsfeld der freigeistigen Erziehung liegt vor uns. Die Erziehungsarbeit soll schon vor der Zeugung eines Kindes am andern Ehegatten einleiten, damit später bei Erziehung des Kindes sich keine Gegenkräfte zeigen. In den ersten Jahren muß das Kind schon eine klare Urteilskraft besitzen, um zu unterscheiden, was richtig und falsch ist. Später darf sich allerdings die scharfe Urteilskraft nicht am Spötter den andern gegenüber auswirken. Gelingt es, solche geistliche Kräfte im Kinde zu entwickeln, dann wird es in den Jahren des Sturmes und Dranges den rechten Weg gehen. Das größte Unglück ist es aber, wenn man sich um die Erziehung seiner Kinder nicht kümmert. Das Kind muß stolz auf seine Eltern sein, es muß fühlen, daß die Freidenker bessere Menschen sind. Durch schonungslosste Veranlassungen müssen wir für die geistliche und geistige Erbauung unserer Kinder sorgen. In klarer, verständnisvoller Form sollte der Referent an Hand praktischer Beispiele die Planmäßigkeit seines freigeistigen Lebenskunde-Unterrichts auf, den er mit den nachfolgenden Sähen abschließt. Die einheitliche, natürliche Weltanschauung, auf der alle freien Denker ruhen, legt an die Stelle eines persönlichen göttlichen Bestreitments die Selbstregierung der Welt nach eigenem Willen. Dadurch empfängt über alle Einzelrichtungen hinweg für alle freien Denker auch die Volkserziehung im Volks- und Staatsstum, das demokratische, republikanische Prinzip etwas von Unerschütterlichkeit und Ehrgeizbeutlichkeit. Alle freien Denker sind einzig in der Entwicklungslehre, das heißt darin, daß über unleren Tod hinaus der Diesseitsfortschritt kein Ziel ist, sondern nur ein Mittel. Als Kind der Mutter führt der Mensch sich nicht nur mit allen Mitmenschen innig verbunden, sondern mit allen Lebewesen und Welten verbunden. Alle freien Denker stehen deshalb selbstverständlich auf dem Boden der natürlichen Menschheitsmoral, daß der Mensch — kein unmächtiger, verlornener Sünder von Natur — stiftliche Anlagen besitzt, das Streben zum Guten in sich hat, was er ohne Himmelslohn und Höllstrafe aus eigener Kraft und Vernunft betätigt. Sie erkennen das Urgelot: „Liebe den andern wie dich selbst“, als Ausdruck des individuellen und sozialen Urtriebs an und streben über Klassen, Klassen- und Völkerverhältnisse hinweg zur Menschheitsverbundenheit, zur Solidarität, wie zur Persönlichkeitserhöhung, zum Siege des Rechts über das Gewalttätige, zum Volks- und Völkerverbunden, zum höchstmöglichen Glück aller Einzelnen.

Das sind die Gedanken, auf die wir unsere Zukunft gründen können, auf die wir unser Geistesleben bauen werden, die sich aus der ganzen Weltanschauung und Menschheitsgeschichte umhor ringen. Seiner Freunde Ausdruck gebend, daß kein Anhördertreue neuen Zuwachs erhält, schloß er seine präzis, fleißigen Ausführungen. An alle öffentlichen Eltern richtete er die Mahnung, sie zu Gleichgestimmten zu bringen. Das geschieht am besten bei unierem neugegründeten „Lebenskunde“-Unterricht, welcher unter der bewährten Leitung des Hauptlehrers Meyer-Weingarten stattfindet. In dieser Frage erteilen bereitwillig Auskunft Gen. Kies, Vorstand, Gerantenstr. 7, Gen. Müller, Unterbestrafteiler, Adlerstr. 2a, T.

Spende. Die Brauerei Mönninger hat auch in diesem Jahre dem Herrn Oberbürgermeister als Weihnachtsgabe für verlebene Wohlthätige Zweck einen Betrag von 1000 Mark zur Verfügung gestellt.

(1) Vortragsreihe über Werkstoffkunde. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure (ADBI), Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete zusammen mit dem badischen Landesgeneralsekretär in der Zeit vom 24. November bis 2. Dezember 1932 eine Vortragsreihe über das Thema „Aus der Praxis der Werkstoffkunde“. Die Vorträge, die sich auf vier Abende verteilten, wurden von Herrn Chefingenieur Damm, Schaefer-Werk Karlsruhe, gehalten. Diese, hauptsächlich für Betriebsbeamte, Konstrukteure und Kontrolleure bestimmten Vorträge waren für alle Beteiligten sehr interessant. Ausgehend von den geometrischen Faktoren: Die Gerade, der rechte Winkel, die ebene Fläche und der Kreis als Grundformen aller Maschinenelemente, erläuterte der Vortragende die Wichtigkeit der Prüfung auf Formgenauigkeit neben der Prüfung auf Maßhaltigkeit. Die in den verschiedensten Fertigungsgebieten praktisch erreichbaren Genauigkeiten in ihren Abweichungen vom konstruktiv gewollten Sollzustand, wurden durch klare, zeichnerische Darstellungen erläutert. Mit guten Photographien aus dem praktischen Betrieb wurde jeweils die Notwendigkeit der geeigneten Meßverfahren bewiesen. Zu den Vorträgen erschienen ca. 100 Herren aus den Betrieben der Stadt und Umgebung. Der zahlreiche Besuch bewies, wie großes Interesse der Veranstaltung entgegengebracht wurde.

(2) Familienabend der Arbeiter-Adhäsoren in Mühlburg. Am Samstag abend waren die Arbeiter-Adhäsoren von Mühlburg zu einem Familienabend eingeladen, welcher so zahlreich besucht war, daß das geräumige Lokal in der Hansa nicht ausreichte. Unter der Mitwirkung des aus lauter Mitglieder der Abteilung bestehenden Zithers- und Mandolinensekts, verstand es die Leitung, den Mitgliedern einige Stunden zu verschaffen, welche voll und ganz den Namen Familienabend verdienen. Aus dem Programm darf erwähnt werden, die kurze aber inhaltsreiche Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden, sowie der Prolog der Jugendleiterin Genossin Schäfer. Der Sportleiter brachte eine Anzahl Rhythmusübungen zur Vorführung, welche beifällig aufgenommen wurden. Nicht vergessen werden darf, der überaus reichhaltig ausgestattete Krabbelfuß und Gabentisch, der Jung und Alt, je nach Größ, voll betriebligte. Das gemeinsam gelungene Lied „Stille Nacht“, gab dem offiziellen Programm einen würdigen Abschluß. Mitgliedern und Gästen, sowie allen Ebernorden von Gaben und nicht zuletzt der Beirung und allen Mitwirkenden für die Arrangierung des Abends besten Dank.

(3) Steuerliche Behandlung der Winterhilfe 1932/33. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat in dankenswerter Weise durch Gesetz vom 13. Dezember 1932 E. 1940-66 III bestimmt, daß die Zuwendungen für die Winterhilfe 1932/33 hinsichtlich der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in demselben Umfang, wie unter Ziffer I der Richtlinien des Gesetzes vom 14. Januar 1932 vorzuziehen, zu begünstigen sind. Soweit dies nicht bereits bei der Einkommensberechnung möglich ist, soll dies durch entsprechende Ermäßigung der festzusetzenden Einkommen- (Körperschafts-) Steuer erfolgen. Für die Umsatzsteuer und Schenkungssteuer hat er bestimmt, daß die Regelung in dem Erlass vom 14. Januar 1932 auch auf die Winterhilfe 1932/33 Anwendung zu finden hat.

